

Resolution an den 32. Bundeskongress der Grünen

Runter von der Bildungsbremse!

Österreich braucht ein Bildungssystem mit gerechten Chancen für alle – jetzt, nicht irgendwann!

Eingebracht von Kurt Grünewald, Daniela Musiol, Harald Walser, Janine Wulz und Martina Wurzer

(Mitarbeit: Ewa Dziedzicz/Anja Fellerer, Robert Kogler, Petra Zwirn)

Der Bundeskongress möge beschließen:

Der 32. Bundeskongress fordert die Bundesregierung und insbesondere die Unterrichtsministerin und den Wissenschaftsminister auf, Bildung endlich zur Priorität zu machen und rasch Maßnahmen umzusetzen, die einen gerechten und freien Zugang zu Bildung ohne soziale Barrieren garantieren.

Der 32. Bundeskongress fordert gleichermaßen die Landesregierungen auf, für Bildungsgerechtigkeit in denen in ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen (z.B. in der Elementarpädagogik, dem Schul- oder Fachhochschulwesen) zu sorgen.

Begründung:

Angesichts der heimischen Bildungsmisere (z.B. Mangel an Kinderbetreuungsplätzen, kontinuierliche Verschlechterung im PISA-Ranking, Uni-Misere) und der Bedeutung von Bildung für die Zukunft Österreichs müssen endlich auf allen Ebenen Schritte gesetzt werden, ein gerechtes, freies und offenes Bildungssystem, durch das gesellschaftliche und soziale Barrieren abgebaut werden, zu etablieren.

Elementarer Bildungsbereich

Die Weichen für Chancengleichheit werden unmittelbar nach der Geburt gestellt. Aus Studien wie PISA wissen wir, dass große Leistungsunterschiede zwischen SchülerInnen aus sozioökonomisch benachteiligten Familien und Kindern höherer Bildungsschichten bestehen. Bildungsarmut ist erblich. Diesen Kreislauf gilt es mit einer Veränderung unseres Bildungssystems zu durchbrechen.

Hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote dürfen nicht weiter das Privileg ausgewählter Eliten sein. Familiäre Herkunft darf nicht über die Chancen im Leben unserer Kinder entscheiden.

Wir treten daher für eine Kindergartenplatz-Garantie ab dem ersten Geburtstag ein. Der Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ermöglicht allen Kindern einen guten Start in den weiteren Bildungsweg und unterstützt auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ein Kinderbetreuungsplatz in Österreich ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Privileg. Ein großer Mangel besteht vor allem an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige sowie Plätzen, die mit einer Berufstätigkeit beider Eltern vereinbar sind.

Daher fordern wir ein flächendeckendes und ganztägiges Angebot an Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten – und zwar in der Zuständigkeit des Bundes.

Es geht um ein qualitativ hochwertiges Angebot bei der elementaren Bildung, das heißt es braucht österreichweit einheitliche Standards für elementare Bildung und Betreuung. Dies kann nur in Bundeskompetenz mit verpflichtenden Qualitätskriterien (z.B. Gruppengröße, Betreuungsschlüssel) sowie einer gemeinsamen Hochschul-Ausbildung aller PädagogInnen (Kindergarten bis Schule) erreicht werden.

Schule

Wir treten für ein Bildungssystem ein, das Chancengerechtigkeit bietet, statt Bildung zu vererben und den sozioökonomischen Status zu perpetuieren. Deshalb fordern wir die Gemeinsame Schule für alle SchülerInnen bis zum Ende der Schulpflicht.

Wir fordern die Abschaffung des Sitzenbleibens. Denn wegen einer Schwäche in einem einzigen Fach alle anderen, positiv abgeschlossenen Fächer ein ganzes Jahr lang wiederzukäuen, ist leistungsfeindlich, demotivierend und teuer. Genauso verhält es sich mit den Noten. Deshalb treten wir für eine Abschaffung der Noten zumindest in der Volksschule ein.

Wir fordern, wie international üblich, Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht mit abwechselnden Lern-, Bewegungs- und Erholungseinheiten in der Kernzeit von 9-15 Uhr zur Norm zu machen. Als Voraussetzung fordern wir den entsprechendem Ausbau und Neubau von Schulgebäuden.

Im Zentrum unserer Bemühungen steht das Wohl der SchülerInnen. Gerade deshalb bemühen wir uns auch um die Aufwertung des LehrerInnenberufs. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen, ein modernes Dienst- und Besoldungsrecht inkl. höherer Einstiegsgehälter. Das Rollenverständnis der Lehrkräfte muss sich ändern - weg von RichterIn, der/die durch die Notengebung über den Bildungsweg entscheidet, hin zum Coach, der/die SchülerInnen betreut und unterstützt.

Wir fordern ein echtes Modulsystem ab der 9. Schulstufe.

Universitäten und Fachhochschulen

Chancenungleichheit und soziale Selektion setzen sich im tertiären Bildungssektor fort. Höhere Bildung mindert das Risiko der Arbeitslosigkeit, hilft sich in einer immer komplexeren Welt zu orientieren, erweitert Handlungsspielräume und befähigt zu Kritik und Emanzipation.

Wir fordern, breiteren Bevölkerungsschichten den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen.

Für viele Studierende und ihre Eltern werden die finanziellen Hürden des Studiums zunehmend zum existenziellen Problem. Ein Viertel lebt an der Armutsgrenze, 61% sind gezwungen 20 Wochenstunden im Schnitt zu arbeiten und verlieren dadurch Zeit, Stipendien und Familienbeihilfe.

Wir fordern das Beihilfensystem drastisch auszuweiten. Mehr soziale Treffsicherheit muss die Benachteiligung von Kindern aus den unteren und mittleren Einkommensschichten reduzieren.

Überkommene Hierarchien, Abbau der Mitbestimmung und ein zunehmend auf unmittelbare Nützlichkeit reduziertes Studieren und Forschen hemmen die Talente und die Kreativität junger Menschen und WissenschaftlerInnen.

Wir fordern teamorientierte Universitäten, die Stärkung des demokratisch gewählten Senates, Abschaffung der Habilitation, Verankerung der Nachwuchsförderung in den Leistungsvereinbarung der Universitäten und die Erhöhung des Frauenanteils auf allen Ebenen.

Wir wollen Universitäten als Orte der kritischen Auseinandersetzung und der Vielfalt erhalten. Daher fordern wir eine zeitgemäße Ausstattung der Universitäten und FHS, 2% des BIP für Unis und Fachhochschulen bis 2020, die Verankerung von Technologieabschätzung und Wissenschaftsethik in universitären Strukturen sowie die Stärkung der Grundlagenforschung.

In diesem Sinne verstehen wir Grüne das Bildungsvolksbegehren (VBBI) und rufen dazu auf, es zu unterschreiben.